

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM., einschließlich Porto. Einzelnummern 10 Pfennig. Einjahresabonnement 30 RM., halbjährlich 16 RM., vierteljährlich 9 RM., monatlich 3 RM., einschließlich Porto. Bei Abnahme von mehreren Exemplaren sind besondere Bedingungen entgegenzunehmen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vorkauf oder Ersatzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Raumzeile 20 Rfg., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Reklameweile im letzten Teile 1 Reichsmark. Nachzahlungsgeld 20 Reichspfennig. Wochentage und Feiertagen 10 Reichspfennig. Sonntage und Feiertage 15 Reichspfennig. Anzeigen für die Reichsbahn sind zu besonderen Bedingungen entgegenzunehmen. Anzeigen für die Reichsbahn sind zu besonderen Bedingungen entgegenzunehmen. Anzeigen für die Reichsbahn sind zu besonderen Bedingungen entgegenzunehmen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 134 — 89. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Donnerstag, den 12. Juni 1930

Weltkraftkonferenz 1930.

Die Erforschung aller Energiequellen der Welt. In Berlin beginnt am 16. Juni eine Konferenz, die den bedeutendsten Tagungen der Nachkriegszeit gerechnet werden dürfte: die Weltkraftkonferenz 1930. Die Konferenz wird unter dem Ehrenvorsitz des Geheimrats Oskar von Miller abgehalten. Bis zum 25. Juni soll sie dauern, und ihr Zweck ist die Erforschung aller Energiequellen der Welt und eine internationale Beratung über die Erzeugung, Verteilung und Verwendung der nutzbar zu machenden Kräfte. Es werden etwa 3000 Teilnehmer aus 51 Staaten erwartet, und es sollen im Anschluß an die Konferenz über 200 Betriebs- und Vertiefungsarbeiten in allen Gegenden der Welt stattfinden. Die erste Weltkraftkonferenz fand 1924 in London statt; damals kam man zu der Überzeugung, daß gewisse Fragen, die mit der Energiewirtschaft unserer Erde zusammenhängen, nur in gemeinsamen Einverständnis aller Kulturvölker gelöst werden können.

Wir alle haben schon von „Erhaltung der Energie“ oder Erhaltung der Kraft, von Kraftübertragung, Kraftleitung, Kraftverteilung, Ferntrieb usw. gehört und wissen, daß man darunter den Jubegriff aller Hilfsmittel versteht, durch welche eine technisch verwertbare Kraft vom Orte ihrer Entstehung oder künstlichen Erzeugung nach dem Orte ihres Verbrauchs geleitet wird. Eine Kraft auf kleine Entfernung findet sich in jeder Formanlage, in der eine in ihrem Bereiche liegende „Kraft- oder Wasserkraft, in der elektrischer Strom auf die einzelnen Arbeitsmaschinen verteilt wird. Die billige Beschaffung, die wirtschaftliche Ausnutzung, die zweckmäßige Verteilung und Verteilung der Kraft ist eine Hauptaufgabe der Technik. Die Menschheit braucht immer mehr Energie und die rationelle Ausnutzung der Kräfte, der Wind- und Wasserkraft, die der Industrie und dem Verkehrsweisen durch Kraftmaschinen oder Motoren dienbar gemacht werden, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die uns beschäftigen. Dazu kommen dann noch die anderen großen Kraftquellen der Erde, die Kohlen- und Gasvorräte zum Beispiel. Die diesen Vorräten innewohnende Kraft wird der Menschheit teils direkt, teils auf Umwegen — Erzeugung von Gas, von elektrischem Strom usw. — nutzbar gemacht. Nun wissen wir, daß der Bedarf der Menschheit an Kraft, Licht und Wärme immer größer wird, daß aber andererseits manche wichtige Energiequelle — wir brauchen nur an die Kohlenvorräte zu denken — eines Tages versiegen wird. Es wird zwar erst in einer fernen Zukunft der Fall sein, daß die Wissenschaft und Technik beschaffen sich heute schon mit der Frage, wie die zu Ende gehenden Kraftvorräte ersetzt werden können. Es wird nicht mehr angedacht, daß die einem bestimmten Volke etwa zur Verfügung stehenden Energiequellen von diesem Volke allein ausgebeutet werden — nein, es wird für die ganze Welt Sorge zu nehmen sein.

Damit ungefähr ist der Fragenzirkel, mit dem sich die bevorstehende Weltkraftkonferenz zu befassen haben wird, umschrieben. Man wird über die großen Probleme der Energieerzeugung und Energieverteilung sich gegenseitig zu verständigen suchen, man wird beraten, wie man die Energieabfuhr verbessern kann, man wird darüber nachdenken, wie man die Kraft am zweckmäßigsten erzeugen und wie man die Erzeugung möglichst billig gestalten kann, und was solcher Lebensfragen mehr sind. Gelehrte und Praktiker — wir nennen nur Einstein, Eddington, Samuel Ferriss — werden wichtige Vorträge halten, und der Direktor des Amerikanischen Instituts für Bergbau und Metallurgie wird darlegen, wie lange — nach wissenschaftlichen Berechnungen — die Vorräte der Erde an Kohlen noch ausreichen werden. So wird sich die Weltkraftkonferenz 1930 gestalten, und ihre Beratungen werden auch gebildeten Laien, dem Fortschritt und Wissen eine große Sache sind, zu fesseln vermögen, selbst wenn es sich um schwierige Materien handelt sollte.

Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt Moldenhauers

Berlin, 11. Juni. Die „Vossische Zeitung“ weist in längeren Ausführungen darauf hin, daß Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer auf eine heftige Kritik seiner Finanzpolitik vorbereitet sein müsse, die nicht nur aus dem oppositionellen Lager kommen, sondern schon jetzt von seiner eigenen Partei geübt werde. Jede des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, sei die gleiche Ablehnung der Pläne Dr. Moldenhauers gewesen. Reichsfinanzminister hoffe allerdings, in einer persönlichen Besprechung mit Dr. Scholz diesen umzustimmen. Aber die Gegenseite in der Partei selbst sei offenbar so beträchtlich, daß selbst die Autorität des Parteiführers sie kaum in Zustimmung werden umwandeln können. Dr. Moldenhauer werde vorgehalten, daß seine Deckungsvorlagen allen Grundrissen und Beschlüssen der Deutschen Volkspartei widersprächen. Dieses sei auch nicht hinnehmbar. In diesem Zusammenhang verzeichnet die Vossische Zeitung Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt Dr. Moldenhauers vom Reichsfinanzministerium. Doch sei es immerhin beachtenswert, daß von seinen engeren politischen Freunden der Vorschlag komme, ihn im Reichsfinanzministerium durch Dr. Dietrich zu ersetzen, weil man den Eindruck habe, daß der gegenwärtige Reichsfinanzminister die finanziellen Probleme doch besser zu meistern vermöchte als Dr. Moldenhauer. Man erinnere sich, daß Reichsfinanzminister Dr. Brüning, als er sein Kabinett bildete, Dietrich auch das Reichsfinanzministerium und Moldenhauer das Reichswirtschaftsministerium angeboten habe. Damals habe aber die Deutsche Volkspartei Wert darauf gelegt, das Reichsfinanzministerium in der Hand zu behalten.

Der Start der Young-Anleihe

Teilmobilisierung der deutschen Young-Zahlungen.

Neun Länder zeichnen. Die Pariser Beratungen über die Emission der ersten Young-Anleihe sind zum Abschluß gelangt; die Zeichnungsscheine der einzelnen Länder sind folgende: Deutschland 36 Millionen Reichsmark, Belgien 35 Millionen Belga (24 Millionen Mark), Vereinigte Staaten 98,25 Millionen Dollar, Frankreich 2,215 Milliarden Frank (etwa 330 Millionen Mark), Großbritannien 12 Millionen Pfund Sterling (240 Millionen Mark), Italien 110 Millionen Lire (22 Millionen Mark), die Niederlande 73 Millionen Gulden (125 Millionen Mark), Schweden 110 Millionen Kronen (123 Millionen Mark), die Schweiz 72 Millionen Schweizerische Franken (57 Millionen Mark). Die Emission wird im Laufe dieser Woche in den neun in Frage kommenden Ländern erfolgen. Der Emissionskurs wird 90 Prozent betragen, außer für Frankreich, wo der Emissionskurs wegen der Befreiung des Wertpapiers von der Steuer 98 Prozent betragen wird. Die Emission wird sich auf insgesamt 340 bis 350 Millionen Dollar belaufen. Ein Antrag der französischen Vertreter, die Bankprovision auf weniger als vier Prozent festzusetzen, wurde von dem englischen Delegierten Montague Norman dahin entschieden, daß sie den Schwankungen des Auflegungskurses der einzelnen Länder angepaßt werden soll. Dr. Luther holte sich sofort telefonisch die Zustimmung des Reichsfinanzministers, worauf die getroffenen Vereinbarungen unterzeichnet wurden. Nur die amerikanischen Emissionsbanken erhalten eine Provision von 4 Prozent. Die Auflegung der Anleihe wird an den neun Hauptbörsenplätzen der genannten Länder noch im Laufe dieser Woche stattfinden; den Tag selbst bestimmen gleichfalls diese Länder.

Was sagt man in Deutschland? Von zuständiger deutscher Seite wird darauf hingewiesen, daß die Hauptschwierigkeiten für den Abschluß der Anleihe in ihrer Zweiteilung lagen. Die juristische Konstruktion ist aber schließlich so gelöst worden, daß jede Sonderforderung für das deutsche Drittel des Gesamtanleihebetrages entfällt. Deutschland zahlt lediglich für diesen Betrag Zinsen und Amortisationen aus dem ungefähren Teil der Jahreszahlungen direkt; der ungefähre Teil der deutschen Jahreszahlungen vermindert sich entsprechend um diesen Betrag; und „Zahlungsort“ ist natürlich die „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ (B. I. Z.). Zinsen

und Tilgung der übrigen zwei Drittel werden aus der deutschen Jahreszahlung geleistet. Die Anleihe soll ab 1931 bis 1965 getilgt werden. Ab 1935 erhält Deutschland das Recht, die Anleihe rückgängig zu machen oder teilweise einzulösen, bzw. eine Einlösung aus dem Tilgungsfonds der B. I. Z. zu verlangen. Deutscherseits wird das Ergebnis der Verhandlungen als befriedigend bezeichnet, insbesondere da anerkannt worden sei, daß eine Verpflichtung der deutschen Regierung zur Zahlung besser sei als besondere Sicherheiten. Von dem Ertrag der Anleihe erhält bekanntlich in Deutschland die Reichspost 160 Millionen und die Reichsbahn 240 Millionen Mark. Die Reichspost wird den auf sie entfallenden Betrag dem Postcheckkonto überweisen. Wie die Reichsbahn ihren Anteil verwenden wird, steht zurzeit noch dahin. Es ist anzunehmen, daß sie angesichts eines Fehlbetrages von 250 Millionen Mark in den Betriebsergebnissen des laufenden Geschäftsjahres die entfallenden Beträge zum Ausgleich der Fehlbeträge verwenden wird. Besondere Befreiungen für die Industrie dürfte die Reichsbahn auf Grund der ihr zustehenden Gelder also nicht machen können. Reichsbankpräsident Luther, der die Verhandlungen für die Reichsregierung in Paris, Basel, Brüssel und London geführt hat, dürfte sofort der Reichsregierung einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen erstatten.

Die Auflegung der Anleihe in Deutschland.

Ein Konsortium unter Leitung der Reichsbank hat die deutsche Ausgabe der internationalen 5,50prozentigen Anleihe des Deutschen Reiches 1930 in Höhe von 36 Millionen Reichsmark übernommen. Kapital und Zinsen dieser Schuldverschreibungen sind in Deutschland bei der Reichsbank in Reichsmark zahlbar. Das deutsche Konsortium wird die Anleihe am 12. und 13. d. M. zur öffentlichen Zeichnung zu einem Kurse von 90 Prozent zuzüglich Stückzinsen ab 1. Juni d. J. auflegen. Zeichnungsstellen sind die Mitglieder und Unterbereitsigten des Reichsanleihekonsortiums. Die Bezahlung der zugeteilten Stücke hat in der Zeit vom 16. bis 25. Juni d. J. zu erfolgen. Die Anleihe ist mit halbjährigen Zinscheinen, fällig am 1. Juni und 1. Dezember jedes Jahres ausgestattet. Ihre Laufzeit beträgt 35 Jahre, jedoch kann das Reich sie ganz oder teilweise vom 1. Juni 1935 ab mit sechsmonatiger Ankündigung zurückzahlen. Kapital und Zinsen werden ohne Abzug irgend welcher gegenwärtiger oder zukünftiger deutscher Steuern ausgezahlt.

Teil der Gewerkschaften undbreitensicherweise zu unrichtigen Zeiten gekündigt worden ist, weil der Schiedspruch an den Tariflöhnen nicht rüttelt, weil in einer Zeit, in der wirtschaftliche Stabilität das Gebot der Stunde ist, in einer der wichtigsten Rohstoffindustrien ein tariflosere Zustand und damit die Gefahr örtlicher und unübersehbarer Kämpfe im Interesse des Staatsganzes verhindert werden mußte, weil die Unternehmer sich verpflichteten, über die Kürzung der Alfordlohnstufe hinaus eine Senkung der Eisenpreise vorzunehmen, und ich mir eigens die Kontrolle über das tatsächliche Ausmaß der Eisenpreissenkung durch Wirtschaftsjahresverständige vorbehalten habe. Wenn im Anschluß an die Erledigung des Young-Plans Staat und Wirtschaft in Ordnung gebracht werden sollen, dann müssen alle Opfer bringen. Einer einseitigen Belastung der Arbeiter müßte und würde ich mich auf das aller nachdrücklichste widersetzen.

Es müssen alle Opfer bringen!

Worum es gegenwärtig geht. Auf einer Tagung des großen Vorstandes des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf führte Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald u. a. aus: Aus Verhandlungen der letzten Tage geht hervor, daß große Teile des deutschen Volkes immer noch nicht sehen, worum es gegenwärtig geht. Von der Markstabilisierung bis Ende 1925 mußten zur Rettung und Festigung der neuen Währung drakonische Steuern erhoben werden, teilweise auf Kosten der Substanz. — Im Hochsommer 1925 wurden die Steuern um zweieinhalb Milliarden Mark gesenkt. Gegenwärtig befinden wir uns in einer rückläufigen Weltpreismarkbewegung. Die deutsche Wirtschaft zahlt 1930 für die gleiche vom Ausland eingeführte Rohstoffmenge über eine Milliarde Mark weniger als 1928. Was die Reichsregierung gegenwärtig vorschlägt, ist kein endgültiges steuerliches und staatsorganisches Sanierungsprogramm. Dieses kommt erst im Herbst. Die gegenwärtige Aufgabe ist die unbedingte Sanierung des Reichshaushalts und der Arbeitslosenversicherung ohne Steuern, die die Kapitalflucht begünstigen, die die Produktion verteuern und preisverwehrend wirken. Den Schiedspruch für Nordwest habe ich für verbindlich erklärt, weil der Manteltarif von einem

Fried als Sachverständiger?

Der Schweidnitzer Nationalsozialistenprozess. Im Nationalsozialistenprozess in Schweidnitz erklärte der Verteidiger Frank, da die Staatsanwaltschaft den Berliner Kriminalkommissar Stumm als Sachverständigen geladen habe, behalte er sich vor, einen politischen Gegenstand zu benennen, und zwar nenne er heute schon den thüringischen Ministerpräsidenten Fried. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Angeklagten, bei dem Erscheinen ihres für den folgenden Tag geladenen Führers Hitler sich jeder Ovation im Gerichtssaal zu enthalten.

Verbot einer nationalsozialistischen Versammlung in München.

Die Polizeidirektion München hat eine für Samstag einberufene Protestversammlung der Nationalsozialisten gegen das Uniformverbot in Bayern, in der Hitler und Fried sprechen